

DÖBELNER ANZEIGER*

AM WOCHENENDE

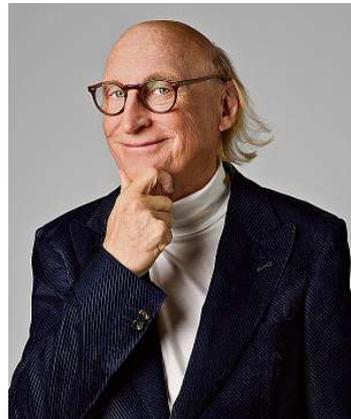
SONNABEND/SONNTAG, 28./29. OKTOBER 2023 DBA

SÄCHSISCHE ZEITUNG - ZEITUNG FÜR DIE REGION DÖBELN 2,10 EURO



Görlitz günstig, Dresden teuer

Das kostet das Leben in Sachsen im Deutschland-Vergleich. - Wirtschaft



Otto Waalkes, der Künstler

Was der Komiker am Malen findet - ein Interview. - Feuilleton



Vor 100 Jahren: Krise in Sachsen

Wie vergleichbar ist die aktuelle Situation mit 1923? - Thema der Woche



DÖBELN

Kundencenter übergeben

Döbeln. Über mehr Komfort können sich seit Freitagmittag Fahrgäste und Busfahrer von Regibus Döbeln freuen. Direkt am Busbahnhof wurde in der Zwingstraße 30 die neue Mobilitätszentrale des Nahverkehrsunternehmens seiner Bestimmung übergeben. Neben einem großzügigen Wartebereich können sich die Kunden über ein Servicecenter mit persönlicher Beratung sowie das Büro des Reiseanbieters „Reisegenuss“ freuen. Zudem verbessern sich die Pausenbedingungen der Busfahrer durch einen modern gestalteten Aufenthaltsraum. - Lokales - Seite 16

STEUERSCHÄTZUNG

330 Millionen fehlen im Sachsen-Etat

Dresden. Keine guten Aussichten für Sachsens künftige Steuereinnahmen: Gegenüber der Mai-Steuerschätzung zeigen sich die jüngsten Prognosen zwar leicht verbessert, allerdings liegen die Einnahmeerwartungen in Summe weiterhin unter den Planungsgrundlagen für den Doppelhaushalt der Jahre 2023 und 2024, teilte das Finanzministerium in Dresden am Freitag mit. Für den aktuellen Haushaltsplan werden nunmehr Mindereinnahmen in Höhe von gut 330 Millionen Euro für das laufende Jahr erwartet. Lediglich für das kommende Jahr erwartet man wieder Mehreinnahmen von knapp 70 Millionen Euro. Auch für den Zeitraum ab 2025, so heißt es, würden sich nur geringe Verbesserungen gegenüber der letzten Steuerschätzung abzeichnen. Finanzminister Hartmut Vorjohann (CDU): „Die wirtschaftliche Lage hat sich in den vergangenen Monaten kontinuierlich eingetrübt. Es ist vor allem die hohe Inflation, die aktuell für etwas höhere Einnahmeerwartungen im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung sorgt. Da die Steuereinnahmen des Freistaates im Jahr 2023 gegenüber dem Haushaltsplan dennoch deutlich im Minus liegen, sind auch weiterhin Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen.“ Bereits im September hatte Vorjohann in dem Zusammenhang vor einer drohenden Haushaltssperre gewarnt.

Aus seiner Sicht ergeben sich damit künftig keine neuen finanziellen Spielräume für das Land, im Gegenteil. „Den geringfügigen Mehreinnahmen ab dem kommenden Jahr stehen allein schon die Tarifforderungen der Gewerkschaften gegenüber, die unseren Haushalt jährlich mit rund einer Milliarde Euro belasten würden. Durch hohe Verbindungen aus schon beschlossenen Maßnahmen zeichnen sich zudem weitere große haushälterische Deckungslücken für die Jahre ab 2025 ab.“ Etwas besser sieht es für Sachsens Kommunen aus. Die können zumindest mit geringen Mehreinnahmen gegenüber der Mai-Schätzung rechnen. Dieses Jahr werden Einnahmen von 4,5 Milliarden Euro erwartet und 4,7 Milliarden Euro in 2024. Auch in der Zeit danach könnten die kommunalen Einnahmen leicht steigen. (SZ/gms)

NACHRICHTEN

NAHOST-KONFLIKT

Thunberg erneut pro Palästina

Stockholm. Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hat sich erneut für die Palästinenser eingesetzt. „Gerechtigkeit für Palästina“ stand auf einem Schild, das die 20-Jährige bei ihrem freitäglichen Klimaprotest vor dem schwedischen Parlament in Stockholm in den Händen hielt. Bereits in der vergangenen Woche hatte Thunberg mit einer ähnlichen Aussage für Kritik gesorgt. Die deutsche Gruppe der von Thunberg initiierten internationalen Klimaschutzbewegung Fridays for Future (FFF) distanzierte sich am Donnerstag von dem internationalen Instagram-Account der Bewegung. (dpa) - Politik

GRENZKONTROLLEN

Fast 4.000 unerlaubte Einreisen

Berlin. Bei den stationären Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz sind an den ersten zehn Tagen insgesamt 3.700 unerlaubte Einreisen festgestellt worden. Das teilte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums unter Verweis auf vorläufige Zahlen mit. Am Mittwoch hatte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) die zunächst auf 10 Tage veranschlagten Grenzkontrollen um weitere 20 Tage verlängert. Mit dieser Maßnahme sollen irreguläre Zuwanderung und Schleuserkriminalität bekämpft werden. An der Grenze zu Österreich gibt es bereits seit dem Jahr 2015 wieder feste Kontrollen. (dpa)

ZEITUMSTELLUNG

Die Winterzeit beginnt

Berlin. Es ist wieder so weit: Die Winterzeit beginnt. In der Nacht zum Sonntag müssen die Uhren um 3 Uhr um eine Stunde auf 2 Uhr zurückgestellt werden. Der Sinn der Sommerzeit ist umstritten, vor allem in Deutschland wird immer wieder über ihre Abschaffung gestritten. Doch bis auf viele Diskussionen ist bisher wenig passiert. (SZ) - Panorama



Keine Panik vor Populisten

Mit Sahra Wagenknecht will eine Populistin von links die Politik aufmischen. Trotz aller Missstöne: Für die Demokratie kann das auch eine Chance sein.

DER LEITARTIKEL
Die Meinung zum Wochenende



VON MARCUS THIELKING
Ressortleiter Feuilleton

Die Linken waren schon immer Konkurrenzlos in der Kunst der Selbstdemontage. Man schmähte die Parteifreundin als „geschleichte Giftmüde“, als „giftiges Luder“ und „doktrinaire Gans“. Ihre „perverse Rechthaberei“ sei unerträglich. So redeten die Leute auf ihrer eigenen Partei damals, vor über 100 Jahren, über die Sozialistin Rosa Luxemburg. Auch zwischen Sahra Wagenknecht und der Linkspartei flogen die Fetzen. Nicht umsonst sehen Wagenknecht-Fans in ihr eine Wiedergeburt Rosa Luxemburgs.

Jetzt hat Wagenknecht ihre eigene Bewegung gegründet. Nicht nur in der Linkspartei sorgt man sich um die Folgen, sollte sie Erfolg haben. Die Linke könnte in der Bedeutungslosigkeit versacken. Der AfD könnte es die Höhenflüge in Umfragen vermiesen. Parteien in der Mitte droht von links und rechts ein Überbietungswettbewerb der Populisten.

Tatsächlich tritt das Bündnis Sahra Wagenknecht - kurz BSW - mit einem populistischen Programm an. Das Wort Populismus wird oft ungenau als Kampfbegriff für alles Mögliche verwendet. Im Kern geht es hier aber nicht um problematische Positionen, wie etwa das als Pazifismus verkappte Verhältnis zum Kriegstreiber Putin. Nach einer gängigen sozialwissenschaftlichen Definition ist das Merkmal des Populismus, einen vermeintlichen Volks- oder Mehrheitswillen zu behaupten gegen eine angeblich abgehobene Elite von Machthabern, die den Willen der Mehrheit missachten.

Gleich am Anfang des Gründungsmanifests der Wagenknecht-Partei steht dieser Satz: „Seit Jahren wird an den Wünschen der Mehrheit vorbei regiert.“ Auch die AfD versteht sich laut Parteiprogramm als Alternative zur „politischen Klasse“, sie will „den Staat und seine

Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen“. Das Programm der Linkspartei ist nach der genannten Definition ebenfalls populistisch. Da heißt es: „Die herrschende Politik hat sich den Interessen der Konzernchefs und Vermögensbesitzer untergeordnet“, das sei „gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen“.

Ein typisches Merkmal ist auch das Populisten-Paradox: Sie behaupten, die Meinungsfreiheit sei eingeschränkt, und wiederholen diese Behauptung rund um die Uhr auf allen Kanälen. Sahra Wagenknecht sprach vor der voll besetzten Bundespressekonferenz von einem verengten „Meinungskorridor“ - um danach etliche Interviews zu geben, von der Wochenzeitung Die Zeit bis zur Super Illu.

Mit solcher Stimmungsmache und Verdrehung der Tatsachen widerstreben Populisten dem schönen Ideal einer Demokratie, in der ein harter, aber fairer Wettstreit um Sachthemen und Ideologien herrscht. Wenn sich jetzt eine weitere politische Kraft dieser Art bildet, ist das erst mal kein Grund zur Begeisterung. Andererseits muss man auch nicht in Panik verfallen und schlimme Szenarien heraufbeschwören, als ob eine unregierbare Populisten-Republik drohte. Die Geschichte und der Blick ins Ausland zeigen: Populismus gehört zur Demokratie wie das Foulspiel zum Fußball. Die Existenz populistischer Parteien von links bis rechts ist in vielen Ländern Realität. Also kommt damit klar. Womöglich könnte das Wagenknecht-Bündnis sogar eine Chance für die Demokratie sein.

Es wäre naiv zu glauben, die AfD könnte damit erledigt sein. Dafür gibt es zu viele überzeugte stramme Rechts-Wähler. Zudem ist die AfD längst mehr als bloß eine populistische Partei. Sie hat sich radikalisiert, schützt Hetze gegen Minderheiten und steht dem Prinzip der

liberalen Demokratie feindlich gegenüber. Gerade in Sachsen hat sich gezeigt, dass es dem Land nicht guttut, wenn sich eine einzelne Partei als Sammelbecken für alle Unzufriedenen bildet. Der Parteienwettbewerb wird so insgesamt nicht lebendiger, sondern verkrampt und verklumpt. Zudem hat die AfD mit ihren teils extremistischen Funktionären keine Machtoption mit einem Koalitionspartner. Als Dauertröte in der Opposition verstärkt sie bloß den Frust.

Sollte Wagenknecht mit ihrer Partei Erfolg haben, könnte das diesen politischen Klumpen lösen und auch die anderen Parteien wieder aus ihrer programmatischen Starre herauslocken. Populisten neigen zu Propaganda, wirken so aber oft als Frühwarnsystem für unangenehme Kontroversen, denen sich früher oder später alle stellen müssen. Waffenlieferungen, Klimapolitik, Flüchtlings-, Armut und Reichtum - in einer pluralistischen Demokratie sind viele Positionen im Spiel. Es gibt eben nicht den einen Volkswillen, wie Populisten behaupten, sondern zu fast allen Themen mindestens zwei Meinungen im Volk.

Wenn Populisten miteinander konkurrieren, müssen sie sich öfter auf die Kompromisse einer Verhandlungsdemokratie einlassen. Es wäre eine Enttraditionierungskur. Damit das gelingt, braucht es Kräfte in der politischen Mitte, die sich nicht von Populistenpolemik treiben oder schrecken lassen. Es braucht Medien, die nicht jede Hysterie verstärken, weil es Klicks und Quote bringt. Davon scheint unser Land weit entfernt. So bleibt als Hoffnung für die nächsten Monate der schöne Satz Rosa Luxemburgs in ihren Briefen aus dem Gefängnis: „Man muss alles im gesellschaftlichen Geschehen wie im Privatleben nehmen: ruhig, großzügig und mit einem milden Lächeln.“



Wir sind für Sie da! So erreichen Sie den Döbelner Anzeiger

Der Abonentenservice hilft bei allen Fragen rund um die Zustellung: Telefon 0351 48642107

Die Redaktion freut sich über Ihre Anregungen, Tipps, aber auch Kritik: Telefon 03431 71940

Das Anzeigenteam nimmt Ihre privaten Kleinanzeigen entgegen: Telefon 0351 840444

* Der Döbelner Anzeiger ist ein Produkt der DDV MEDIENGRUPPE



Prokuristin Simone Friedrich und Geschäftsführer Gunnar Fehle stehen am Zaun der Niederlassung der Stadtwerke in Döbeln. Mit einem Plakat wirbt der Energieversorger für sein neues Kundenportal. Foto: Jens Hoyer

So digitalisieren die Stadtwerke den Kontakt zum Kunden

Seit einiger Zeit ist das neue Kundenportal am Netz. Damit könnten viele Prozesse vereinfacht werden. Wenn sich die Kunden anmelden.

VON JENS HOYER

Vom rein digitalen Büro träumt man schon seit vielen Jahren. Aber so richtig hat es damit noch nicht geklappt. „Wir wollten schon vor 20 Jahren das papierlose Büro, das ist eine Illusion“, sagte Stadtwerkechef Gunnar Fehle. Beim Döbelner Energieversorger ist man zumindest einen Schritt auf dem Weg weitergekommen. Seit einige Zeit wirbt er mit einem großen Banner am Zaun der Niederlassung für eine Neuerung: das Kundenportal im Internet. Wer sich im Internet auf die Seite der Stadtwerke klickt, bekommt eine komplett neue Onlinepräsenz im aufgefrischten Design zu sehen. Und gleich den Hinweisen auf eine andere Neuerung: eine Kurzanleitung für die Anmeldung im Kundenportal. Dazu braucht es nicht viel. Wer nach Anleitung Kundennummer, Rech-

nungseinheit und Zählernummer eingibt, bekommt ein vorläufiges Passwort per E-Mail zugesandt, mit dem er sich einloggen kann. „Das ist einfach gemacht. Wir haben das auch getestet“, sagt Jens Rechenberger, IT-Spezialist der Stadtwerke. Im Kundenportal findet der Nutzer einen Fundus an Informationen. Den letzten abgelegten Zählerstand, die letzte Rechnung. Er kann das Produkt wechseln, den Vertrag kündigen, persönliche Daten und Adresse ändern. Letztere wird allerdings im Hintergrund noch mal überprüft, so Rechenberger. Auch der monatliche Abschlag kann gleich online geändert werden. Das könnte möglich werden, wenn in der Familie ein Kind dazukommt. Allerdings sind Änderungen bei den Abschlägen nur in einem bestimmten Spielraum möglich, so Rechenberger. Damit wird sichergestellt, dass der Abschlag nicht zu niedrig ausfällt. Das alles passiert voll digital. Bei den Stadtwerken wird dafür kein Stück Papier bewegt. „Das Kundenportal ist eine große Chance, die Arbeit zu erleichtern und die Prozesse zu digitalisieren“, sagte Rechenberger. In der neuen Internetseite und im Kundenportal steckt eine Menge Arbeit. Die

Stadtwerke haben dafür den Service der Döbelner Firma CSB in Anspruch genommen. „Wir wollten mehr Funktionalität, und es sollte für den Kunden einfacher werden, sich mit uns in Verbindung zu setzen“, so Stadtwerkechef Gunnar Fehle. Die Homepage selbst bietet auch schon einige Funktionen. So können sich Kunden nicht nur über Tarife informieren und die Nummer des Störungsdienstes finden, sondern auch sämtliche Formulare herunterladen. An der Papierform kommen sie dann allerdings nicht vorbei. Um einen weiteren Papierberg kommen die Stadtwerke bisher aber noch nicht herum. Rechnungen werden noch per Post verschickt. Nach Schätzung von Gunnar Fehle sind das weit über 300.000 bedruckte Seiten im Jahr. Die Möglichkeit, die Rechnungen elektronisch dem Kunden zu kommen zu lassen, werde noch geprüft. „Die Rechtslage ist noch unklar“, so Rechenberger. Zumindest müssen die Stadtwerke diesen Wust an Papier nicht mehr selbst drucken. Sie nehmen dafür einen Service der Post in Anspruch, die die Briefe dann auch gleich verschickt. [web www.stadtwerke-doebeln.de](http://www.stadtwerke-doebeln.de)

Bequemer warten bei Regiobus

Am Freitag erfolgte die Übergabe der neuen Mobilitätszentrale von Regiobus. Beim Busbahnhof ist dagegen eine Modernisierung noch nicht in Sicht.

VON DIRK WESTPHAL

Döbeln. Die Gerüste am Haus Zwingerstraße 30 sind gefallen. Das 1993 gebaute Gebäude ist in den vergangenen Monaten auch innen aufgefrischt worden und berbergt jetzt die neue Mobilitätszentrale von Regiobus. Diese wurde am Freitagnachmittag ihrer Bestimmung übergeben, nachdem vor einem guten halben Jahr der ehemalige, ebenfalls am Busbahnhof gelegene Anlaufpunkt für Fahr- und Reisegäste geschlossen hatte. Henning Schmidt, Sachbereichsleiter Verkehr bei Regiobus, wies auf die schwierige Situation im alten Domizil hin. „Wir freuen uns, dass wir jetzt gute Bedingungen für unsere Fahrgäste, aber auch die Busfahrer bieten können.“ Letztendlich sei man froh, einen neuen Standort am Busbahnhof gefunden zu haben. „So viel Auswahl gibt es hier an diesem Platz nicht. Aber es war klar, dass wir eine Servicemöglichkeit, also einen Fahrkartenverkauf und eine ordentliche Aufenthaltsmöglichkeit für die Fahrgäste, aber auch die eigenen Mitarbeiter bieten wollten, wo diese in ihren Pausenzeiten vernünftige Bedingungen haben“, so Henning Schmidt. Diese sind mittlerweile vorhanden. Auf der digitalen Infotafel werden die Fahrgäste über die Abfahrtszeiten informiert, ansonsten gibt es edel anmutende Sitzplätze in einem größeren Wartebereich als bisher. Diese seien im Probebetrieb auch schon

gut genutzt worden, sagte Katrin Washeim vom Infocenter, die sich ebenso wie ihre Kollegin Marlies Greter vom Reisebüro über die neuen, tollen Bedingungen freut. „Als ganz wichtigen Anlaufpunkt für die Bürger sieht Döbelns Oberbürgermeister Sven Liebhauser (CDU) das neue Servicecenter. Dieses sei mit der Wartemöglichkeit, dem Ticketverkauf und dem Reisebüro ein großes Angebot. „Wir freuen uns, dass es nach einer etwas unsicheren Zeit ein gutes Ende gefunden hat“, so der Oberbürgermeister. „Partnerschaftlich haben wir mit Regiobus und dem Vermieter das Projekt zu Ende gebracht. Modern, hell, freundlich, kundenorientiert – die Räume können sich sehen lassen.“ Dr. Lothar Beier pflichtete dem als Aufsichtsratsvorsitzender von Regiobus bei. „Uns war klar, wir müssen in der Stadt Döbeln für diesen Busbahnhof ein attraktives Servicecenter schaffen, denn bei aller Digitalisierung gibt es Menschen, die den direkten Kontakt, sprich das Gespräch und die direkte Hilfe, brauchen“, so der 1. Beigeordnete des Landrats, der sich freut, was aus dem Vorhaben geworden ist. Im Kontrast zum neuen Mobilitätscenter steht nun der etwas in die Jahre gekommene Busbahnhof. Was die Investitionen betrifft, würde da in nächster Zeit erst einmal nichts passieren. „Wir haben ja dennoch gute Bedingungen hier. Mittel- und langfristig haben wir das aber schon auf dem Schirm, dass hier eine Investition erfolgen muss“, sagte Sven Liebhauser. Momentan hätte das allerdings nicht die höchste Priorität. Da gebe es Baustellen wie die Grundschule Döbeln Ost, die derzeitigen Straßenbaumaßnahmen oder auch den Bürgergarten, die da ganz oben angesiedelt wären, so der Oberbürgermeister.



Betriebsleiter Hagen Lorenz (von Links), Oberbürgermeister Sven Liebhauser, die Serviceangestellten Katrin Washeim und Marlies Greter sowie Vize-Landrat Dr. Lothar Beier als Gesellschafter übergaben das neue Mobilitätscenter symbolisch seiner Bestimmung. Foto: SZ/Dietmar Thomas

Seit 20 Jahren mit Courage gegen Rassismus

Als 13. Schule in Sachsen hatte es das Lessing-Gymnasium in das Antirassismus-Netzwerk geschafft. Die Aktivisten von damals sind heute gestandene Leute, das Projekt hat bis jetzt überlebt.

VON JENS HOYER

Döbeln. Katharina Gelbrich ist mit 36 Jahren Professorin für Wirtschaftsrecht an der HTWK Leipzig. Robin Schenk arbeitet als freischaffender Innenarchitekt in Leipzig. So oft sehen sich die beiden nicht, und so geriet die Feierstunde im Gymnasium zu einer Art inoffiziellen Klassentreffen. Vor 20 Jahren gehörten die beiden zu der Gruppe von Schülern, die das Gymnasium in das

bundesweite Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ brachte. Die Mehrzahl der Gymnasialisten hatte sich damals per Unterschrift verpflichtet, gegen Rassismus aufzutreten. Das Gymnasium in Döbeln sei die 176. Schule in Deutschland und die 13. in Sachsen gewesen, die sich die markante Tafel des Netzwerks an die Fassade schrauben konnte, so Schulleiter Michael Höhme. Das Schild wurde ein Jahr später gestohlen. Das neue hängt jetzt diebstahlssicher im Foyer der Schule. Und die Selbstverpflichtung von damals halte über Generationen von Schülern bis heute, so Michael Höhme. „Das hat etwas mit dem Schulklima gemacht. Damals wurden Werte etabliert, die weiter getragen wurden. In unserer Schule gibt es auch Konflikte. Aber bei uns ist es kein Problem, wenn sich ein



Katharina Gelbrich (l.) und Robin Schenk (r.) gehören zu der Schülergruppe, die vor 20 Jahren das Lessing-Gymnasium zur „Schule ohne Rassismus“ machten. Emilia Loschinski leitet heute die AG, Matthias Brauneis ist Pate. Foto: Jens Hoyer

Schüler offen zu seiner Homosexualität bekennt. Wir haben an unserer Schule auch zwei Vorbereitungsklassen mit 55 Schü-

lern aus vielen Ländern. Diese Schüler müssen keine Angst haben, ausgegrenzt zu werden“, so Höhme.

Das Projekt sei auch ein gutes Beispiel dafür, dass Schulentwicklung nicht nur eine Aufgabe der Lehrer ist, sondern auch der Schüler. Katharina Gelbrich berichtete, wie alles anfing. Sie war von Torsten Fischäcker, der sich in die Pflichtlingsarbeit engagierte, auf das Projekt aufmerksam gemacht worden. „Ich bin in die Lehrerkonferenz eingeladen worden, um das vorzustellen.“ Verlassen hatte sie die Versammlung dann in Tränen aufgelöst. Michael Höhme erinnert sich noch an den Vorfall. Es seien aus der Lehrerschaft sehr konkrete Fragen zur Umsetzbarkeit gekommen, die wohl auch eine gewisse Skepsis spüren ließen. „Das hat sie emotional überfordert. Das tat mir leid, deshalb habe ich sie danach angerufen“, so Höhme. Der Schulleiter erklärt die Skepsis unter der Lehrerschaft gegen ein Projekt, das gesellschaftlich und politisch wirken sollte, mit den Lehren aus der Wende 1989. „Die politische Indoktrination solle raus aus den Schulen. Es leuchtete ein, die Schule als politisch neutralen Ort zu sehen.“ Es hatte dann doch mit der Aufnahme in das Projekt geklappt. Der bekannte Journalist Günter Wallraff hatte seinerzeit als „Pate“ die Schüler unterstützt. Weil der sich aber nicht mehr zurückmeldet, hat sich die Schule einen anderen Paten gesucht. Matthias Brauneis ist Döbelner und Vorsitzender des Vereins Treibhaus.

Geleitet wird die Arbeitsgemeinschaft „Schule ohne Rassismus“ am Lessing-Gymnasium von Emilia Loschinski, die eigentlich Mathe-Chemie auf Lehramt studiert und sich außerdem im Gymnasium engagiert. Die Mitglieder der Gruppe organisieren Veranstaltungen, auch um Geld einzusammeln für andere Aktionen wie den Spiel- und Kochnachmittag für Kinder oder für die Geschenkkaktion „Weihnachten im Schuhkarton“. Sie stehen auf Mahnwache an den „Stolpersteinen“ für ermordete Juden in der Stadt. „Wir haben auch schon Müll gesammelt und Bäume gepflanzt“, sagt Loschinski. Geplant seien einschlägige Workshops für jüngere Schüler. „Um besonders früh zu beginnen. Bisher haben wir das ab der 8. Klasse angeboten.“

Am 21.11.2023 - um 21:00 Uhr
Vargas Blues Band (IN)
feat. John Byron Jagger
www.facebook.com/KL17.Doebln / www.kl17.de

Pflege zu Hause

Pflege zu Hause Klingner & Langhof
HERA

Pflege zu Hause Klingner & Langhof GmbH
Bahnhofstraße 36
04720 Döbeln
03431 571062
info@pflegedienst-doebln.de
www.pflegedienst-doebln.de